

Ralph Müller-Schallenberg
Präsident des Landesjagdverbandes Nordrhein-Westfalen

Jagdpolitische Ausführungen (TOP 4)
Landesjägertag in Düsseldorf, 25. August 2012
Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Jägerinnen und Jäger,

das ist nun meine erste Rede als Präsident des Landesjagdverbandes Nordrhein-Westfalen. Ich darf mich zunächst noch einmal ganz herzlich für das mit der Wahl entgegengebrachte Vertrauen bedanken.

Ebenso herzlich darf ich mich bei meinem Amtsvorgänger, Jochen Borchert, bedanken, Auf seine Leistungen für den Verband habe ich bereits heute Morgen ausführlich hingewiesen. Nicht umsonst haben wir Jochen Borchert heute Morgen einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des Landesjagdverbandes ernannt.

Dir, lieber Jochen, auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank für Deinen unermüdlichen Einsatz. Ich hoffe, dass Du jetzt etwas mehr Zeit hast, unserer gemeinsamen Passion nachzugehen.

Meine Damen und Herren,
es mag Sie überraschen, dass ich mit der Abwandlung eines alten Sprichwortes beginne. Ich sage: „Aller Anfang ist leicht“. Warum?

Weil ich mich nach meiner Wahl zum Präsidenten des Landesjagdverbandes und damit der Jägerschaft in Nordrhein-Westfalen noch mehr und noch konzentrierter mit dem Thema befasse, das mein Leben bisher geprägt hat und das mich nun noch stärker prägen wird.

Und es ist der Themenbereich, zu dem ich jetzt erstmals in neuer Funktion sprechen darf und der gleichzeitig von Anbeginn der Menschheit an unser aller Leben mitgeprägt hat.

Das ist Jagd, Natur und Hege. Hier liegen unsere Kernthemen.

Die Jagd gehört nun einmal zu den ältesten Formen der Naturnutzung. Wenn wir in den Revieren draußen sind, wird uns immer wieder bewusst, wie wir mit der Natur leben, ja nachhaltig leben sollten. Und wie wir sie bewahren, gleichzeitig aber auch entwickeln und gestalten müssen. Darin liegt der gesellschaftliche Auftrag. Dies ist insgesamt für wahr ein „grünes“ Thema für uns alle.

Die grüne Welt liegt uns Jägerinnen und Jägern ebenso, wie Ihnen, Herr Minister Remmel, gerade in Nordrhein-Westfalen am Herzen. Das muss auch so sein und dies gilt grundsätzlich und aktuell. Deshalb sollten wir uns in der Debatte gemeinsam bei diesem Thema von Vernunft und Toleranz leiten lassen und nicht von Schlagworten. „Gib Jägern keine Chance“ ist keine Grundlage, auch wenn sie vermeintlichen „Zeitgeist“ beschwören soll. Zeitgeist allein aber kann nicht Maßstab sein. Schon Helmut Kohl sagte (ich zitiere): „Der Wind des Zeitgeistes weht heute da und morgen dort, und wer sich danach richtet, der wird vom Winde verweht.“ Es gibt bei allen Sorgen und Unterschieden also auch Gründe, die es mir leicht machen, über unsere Themen zu reden – gerade auch mit Ihnen, Herr Minister.

Zur Sache also: Meine Damen und Herren, liebe Jägerinnen und Jäger, die Stimmung der nordrhein-westfälischen Jägerschaft ist zur Zeit so zu beschreiben:

Es herrscht Unsicherheit über den künftigen Kurs der Jagdpolitik. Überall ist in unseren Reihen eine tiefe Verunsicherung zu spüren. Das geht an unsern Mitgliedern nicht spurlos vorbei. So etwas wirkt sich nach aller Lebenserfahrung aus auf Motivation und Einsatzbereitschaft für das eigen Selbstverständnis und unsere Ziele. Deshalb ist es uns an der Spitze des Landesjagdverbandes wichtig, diese Stimmung nach außen zu vermitteln. Dabei müssen wir gleichzeitig daran arbeiten, in unsere Jägerschaft nach innen verlässliche Antworten geben zu können. Dabei sollten wir uns ständig vergewissern, wo wir stehen, uns auch selbst zu überprüfen, was wir tun können, was man uns zumuten kann, um uns dann aber auch wirksam einzumischen, wenn es in der Gesellschaft und in der Politik um unsere Themen geht.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Man könnte meinen, das Wort wäre eine Neuschöpfung. Tatsächlich stammt der Begriff aber vor mehr als 100 Jahren aus der Forst- und Landwirtschaft. Und die Jagd ist ein ganz normaler Teil davon.

Wir leben von der Natur in der von Menschen geschaffenen Kulturlandschaft. Wer die Natur nutzt, der ist existenziell auf deren Schutz angewiesen. Bauern, Förster, Fischer und Jäger schützen seit Generationen die Natur und betreiben seit Generationen eine nachhaltige Nutzung.

Die Jagd bedeutet mit ihren ökonomischen, ökologischen und soziokulturellen Elementen eine eigene schützenswerte, nachhaltige Nutzung. Wir setzen uns daher für den Erhalt des bewährten Jagdrechts und den Erhalt gesunder, artenreicher Wildbestände ein.

Jagd ist nicht einfach nur Jagd, geschweige denn nur Beute machen. Jäger und ihre Beute sind auf möglichst aktive Natur angewiesen. Jäger und Wildtiere sind deshalb eine Schicksalsgemeinschaft. Nachhaltig schützt der Mensch nur, was er nutzen will. Lebensfeindliche Umwelt ist immer auch jagdfeindlich. Jagd bedingt deshalb Emotionen zum Nutzen der Natur.

Die Jagd befindet sich seit Urzeiten in einem gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld, das sich in Generationen fortentwickelt hat.

Da ist es ganz natürlich, von Zeit zu Zeit zu sehen, wo Anpassungen erforderlich sind. Wenn sie sachlich motiviert sind und Bewährtes in seinem Bestand schützen und zukunftsfähig machen, dann ist das auch sinnvoll.

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land. Das größte Bundesland ist keineswegs einseitig geprägt, auch wenn es manchmal aufgrund der industriellen und wirtschaftlichen Agglomeration an Rhein und Ruhr so scheinen mag. Der Kölner Dom und die Industriekathedralen im Revier mögen Sinnbilder Nordrhein-Westfalens sein. Aber wir sind nicht nur städtischer Ballungsraum, sondern insbesondere ein durch und durch „ländliches Land“. Städtischer Ballungsraum und „ländliches Land“ sind gleichgewichtig.

Die Jagd findet in Nordrhein-Westfalen statt auf 1,7 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, auf 870.000 Hektar Wald und auf 67.000 Hektar Wasserfläche.

Umgerechnet sind das insgesamt rund 27.000 Quadratkilometer. Ganz Nordrhein-Westfalen umfasst 34.000 Quadratkilometer. Es ist sogar der weitaus größte Teil des Landes, der jagdlich genutzt wird. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 77.000 Jagdscheininhaber, davon inzwischen 7.000 Frauen mit erfreulich stark steigender Tendenz.

Jäger sind nicht privilegiert, sondern sehen sich in einem öffentlichen Auftrag, dessen Pflichten gesetzlich festgelegt sind und zu dessen Erfüllung jeder Handelnde gewisser Rechte bedarf.

Die Jägerschaft ist zu Recht nicht bereit, nur als stille Eingreifreserve abzuwarten, bis Wölfe oder Bären aus ihrer Kuscheltier-Rolle fallen und als jene Bedrohung erkannt werden, die große Raubtiere nun mal sein können. Wir wissen: Am Ende wird sich auch das Schicksal von Wolf, Luchs und Bär in Mitteleuropa mit der Frage entscheiden, ob Vernunft waltet, bevor die Menschen in Panik verfallen. Wir wissen auch: Ein blutiger Zwischenfall genügt, um die öffentliche Meinung zu kippen. Wenn wir es so weit kommen lassen, können auch die Jäger die Prädatoren nicht mehr retten.

Die Jagd, so wie wir sie kennen und lieben, verbindet uns über Generationen und über gesellschaftliche Gruppen zu einer starken Gemeinschaft.

Dennoch gibt es Unsicherheiten über die Zukunft. Dies erscheint mir ein gesamtgesellschaftliches Grundgefühl zu sein. Schulden- und Eurokrise oder ein Blick nach Syrien genügen dafür ja auch schon. Wir müssen dieses Grundgefühl nicht auch noch in alle anderen Lebensbereiche ausdehnen.

„Nichts ist statisch“, hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gesagt zu Fragen des Landesjagdverbandes nach der künftigen Jagdpolitik im Lande. Das stimmt schon mit Blick auf die Vergangenheit. Deshalb wäre es grundfalsch anzunehmen, es hätte in den vergangenen Jahren keine Änderungen an den rechtlichen Grundlagen der Jagd gegeben. Genau das Gegenteil ist der Fall; u.a. das Landesjagdgesetz Nordrhein-Westfalen wurde aus sachlichen Notwendigkeiten heraus sogar mehrfach geändert; unser Verband und ich selbst als Jagdrechtler haben in den letzten Jahren daran intensiv im Sinne der Jagd mitgewirkt. Wir sind auch bereit, hier weiter mit zu gestalten. Dies ist unser ausdrückliches Angebot an die Politik.

Dass Jagd und Jäger notwendigen Veränderungen nicht im Wege stehen, beweisen sie schon dadurch, dass es sie seit Urzeiten gibt. Ohne eine gewisse Anpassungsbereitschaft wäre das niemals möglich gewesen.

Aber anpassen kann man sich nur, wenn man auch an Bewährtem festhält. Und deshalb machen uns Ankündigungen wie das Wort vom „Paradigmenwechsel“ im Jagdrecht hellhörig und zu Recht unruhig.

Bewährt hat sich auch im internationalen Vergleich das deutsche Reviersystem. Wenn ich es richtig sehe, stimmen wir darin mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung vollständig überein. Dass diese seit Jahrzehnten bewährte Ordnung durch einen Federstrich des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte beseitigt werden könnte, nachdem der Antrag des Klägers mit seinem 3.000 qm großen Wiesengrundstück durch alle nationalen Instanzen bis zum Bundesverfassungsrecht und sogar bis in die erste Instanz des EGMR durchgefallen war, stimmt uns traurig und macht uns zugleich auch wütend. Und es ist politisch auch nicht geeignet, die dringenden erforderlichen Erneuerungen des Vertrauens in Europa voranzubringen. Im Übrigen ist die letzte leider hinzunehmende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte wohl rein politisch motiviert und juristisch zumindest „unsauber“. Insoweit darf ich auf das lesenswerte Gegenvotum der mitwirkenden deutschen Richterin Frau Professor Dr. Nussberger verweisen.

Meine Damen und Herren, nicht, dass wir uns falsch verstehen: Ein einiges Europa ist gut. Gut ist es aber nicht mehr, wenn europäische Politik und europäische Rechtsprechung meint, alles im Detail regeln zu müssen.

Nach Ansicht aller Fachjuristen hat das Urteil derzeit nur Wirkungen zwischen den Parteien. Es ist zu hoffen, dass zeitnah eine Änderung des Bundesjagdgesetzes erfolgen wird. Weiteres bleibt hier abzuwarten.

Meine Damen und Herren, wir kämpfen mit insgesamt 10 Partnerverbänden darum, dass Land und Leute außerhalb der Ballungsräume Nordrhein-Westfalens nicht abgehängt werden und dass die Jagd darin eine gute Zukunft hat.

Unsere Positionen sind dabei klar. Wir alle wissen, dass für Jagd und Jäger und Wild und Natur in Nordrhein-Westfalen viel auf dem Spiel steht. Wir müssen feststellen, dass eine Novellierung des Landesjagdgesetzes hin zu einem Vollgesetz ohne grundsätzliche Weitergeltung des Bundesjagdgesetzes und die abgeschaffte Ermächtigung der Kommunen zur Erhebung einer Jagdsteuer im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis Grünen erneut enthalten sind.

Die antiquierte Jagdsteuer stammt aus längst vergangenen Zeiten, als die Ausübung der Jagd noch Geld einbrachte. Tatsächlich wurden die nordrhein-westfälischen Jäger als einzige Naturnutzer bis zur vollständigen Beseitigung im Jahre 2013 mit einer Steuer bestraft, obwohl sie gesetzliche, vertragliche und freiwillige Leistungen für die Allgemeinheit erbringen.

Der Wert dieser Leistungen der Jägerschaft für die Allgemeinheit übersteigt das Aufkommen der Jagdsteuer, das zuletzt bei landesweit 8,5 Millionen Euro lag, ganz erheblich.

Der Landesjagdverband hat mit dem Land Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der darin enthaltenen Abschaffung der Jagdsteuer im Jahre 2009 funktionierende Begleitverträge abgeschlossen – zur Fallwildentsorgung, zum Naturschutz und zur Umweltbildung. Wir erfüllen diese Verträge genau und gewissenhaft. Auch die meisten Kreisjägerschaften haben entsprechende Vereinbarungen mit ihren Landräten und Oberbürgermeistern abgeschlossen. Wir sind vertragstreue und erwarten umgekehrt zu Recht auch Vertragstreue des Landes.

Nach meinem Kenntnisstand wurde von dem im Rahmen der Vereinbarungen eingerichteten Treuhandkonto bis zum heutigen Tage nicht 1 Cent abgerufen. Dies zeigt mehr als deutlich, dass die Jägerschaft die getroffenen Vereinbarungen penibel und vollumfänglich einhält.

Ministerpräsidentin Kraft hat dem Landesjagdverband vor der Wahl bei ihrer Antwort auf unsere Wahlprüfsteine gesagt, ich zitierte: „Für uns gilt das Prinzip, Betroffene zu Beteiligten zu machen“. Daran werden wir die Ministerpräsidentin und die Regierung messen und erforderlichenfalls mit aller Deutlichkeit erinnern, zumal dieses Beteiligungsprinzip ausdrücklich in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen worden ist.

Ich nehme es auch als Zeichen in diese Richtung, dass Sie, Herr Minister Remmel, als der für die Jagd in Nordrhein-Westfalen zuständige Minister erstmals an unserem Landesjägertag teilnehmen. Ich werte dies positiv und als vertrauensbildende Maßnahme und bin Ihnen dafür dankbar. Sie werden im Landesjagdverband und auch in mir persönlich einen an der Sache orientierten fairen Gesprächspartner finden. Wenn Sie in der Vergangenheit Anlass geglaubt haben sollten, sich verfolgt zu fühlen, dann kann ich sie beruhigen: Das haben wir Jäger mit Ihnen gemeinsam.

Aber wir fühlen uns nicht von Herrn Minister Remmel persönlich verfolgt, auch wenn wir sicher Informations- und Meinungsunterschiede haben. Darüber können und müssen wir vernünftig sprechen. Ich jedenfalls kenne keine vernünftige Alternative dazu.

Sorgen und massive Unruhe lösen bei uns aber die Forderungen mancher Verbände aus, die zumindest von sich selbst behaupten, der Landesregierung und vor allem einer Regierungspartei nahe zu stehen. Was von dort gefordert wird, kann nicht im Einklang mit der Ankündigung der Landesregierung stehen, keine Extrempositionen im künftigen Jagdrecht zuzulassen.

Dazu zählen wir das rigorose Zusammenstreichen der Liste der jagdbaren Arten oder drastische Jagdzeitverkürzungen auf drei Monate oder ein Verbot der Hasenjagd ausgerechnet im Hasenland Nummer 1.

Nachweislich haben sich bedrohte Arten, die dem Jagdrecht unterliegen, in unserer Kulturlandschaft besser behauptet als Tiere, die allein durch den Naturschutz vor dem Aussterben bewahrt werden sollen. Die Vorstellung, alles Niederwild aus der Obhut der Jäger zu befreien, ist eine Horror-Vision – nicht nur für die Jagd, sondern auch für die Tierwelt. Jäger wissen: Wirklichen Schutz genießt das Wild nur dann, wenn es ein persönliches Interesse an seinem Fortbestand gibt. Wir Jäger mögen uns keine Umwelt vorstellen, in der sich Bussarde und Füchse die letzten Hasen und Rebhühner raufen und Gartenbesitzer mit Giftködern gegen die Karnickel-Plage in den Städten kämpfen.

Kürzlich hat der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) ein merkwürdiges Papier für ein sogenanntes „ökologisches Jagdgesetz“ vorgelegt, das aber wissenschaftlichen Aspekten noch nicht einmal ansatzweise standhält. Allmählich zerreißt ja nun auch der selbstgebastelte Heiligenschein, mit dem sich der BUND gerne umgibt. Sie werden das alle in den Medien verfolgt haben.

Ich kann der Landesregierung jedenfalls nur empfehlen, sehr genau aufzupassen, von wem sie sich beraten lässt oder wem sie erlaubt, mit diesem Etikett durch das Land zu ziehen.

Schon der griechische Schriftsteller und Philosoph Plutarch sagte: (ich zitiere) „ Man muss nur kühn genug verleumden – etwas bleibt immer hängen!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Jägerinnen und Jäger, würden Vorstellungen, die Liste der jagdbaren Arten beim Niederwild zu kürzen oder zahlreiche Arten dem Jagdrecht auf Dauer zu entziehen, in einem künftigen Landesjagdgesetz Berücksichtigung finden, so wäre das auch ein nicht zu rechtfertigender Eingriff in das Jagd- und Eigentumsrecht. Insoweit werden wir geplante Neuregelungen auch einer dezidierten juristischen Prüfung unterziehen und entsprechende notwendige Schritte hiergegen einleiten.

Die Liste der jagdbaren Arten umfasst auch viele Arten, die wir seit Jahren und Jahrzehnten nicht bejagen. Gleichwohl unterliegen sie den Bestimmungen des Jagdrechts, sind also Ziel unserer Hegebemühungen und unserem Schutz anvertraut. Die Hege erhält einen den landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten, artenreichen und gesunden Wildbestand. Jäger und Landwirte pflegen und sichern die Lebensgrundlagen des Wildes.

Niemand kann mir überzeugend erklären, warum an der Liste der jagdbaren Arten etwas geändert werden müsste. Warum also antasten, was sich seit Jahrzehnten bewährt hat? Wo ethisch und praktisch die Jagd auf jagdbare Arten nicht geboten erscheint, greift ohnehin schon eine ganzjährige Schonung durch freiwillige Vereinbarungen oder notfalls durch ministerielle Anordnung. Dies hat die Jägerschaft bereits beim Rebhuhn bewiesen und freiwillig auf die Bejagung verzichtet.

Einschränkungen bei der Hundeausbildung können wir nur ablehnen. Die in NRW geübte Praxis der Jagdhundeausbildung und -prüfung auch bei Ausbildung an lebenden Enten und Füchsen ist tierschutzgerecht. Alle Untersuchungen zeigen, dass die Stressbelastung der bei der Ausbildung eingesetzten Enten und Füchse allenfalls sehr gering und damit mit dem Tierschutzgesetz konform ist.

Wir brauchen aber praxisgerecht ausgebildete Jagdhunde. Nur dann können Jagdhunde tierschutzgerecht bei der Jagd eingesetzt werden. Zu einer praxisgerechten Hundeausbildung gibt es bis jetzt keine vernünftige Alternative. Meine Damen und Herren: Es gibt keinen geteilten Tierschutz!

Die Jagd mit der Falle ist für den Schutz des Niederwildes, aber auch vieler anderer, nicht jagdbarer Tierarten unverzichtbar. Was nützt die öffentlich geförderte Anlegung von Schutzzonen für Singvögel in Getreidefeldern, wenn Beutegreifer die Lerchenfenster plündern und ein stummer Frühling droht? Das Bodenbrüter-Symposium des LJV im September 2011 hat gezeigt, dass es gegenwärtig für die Erhaltung oder Wiederherstellung der Artenvielfalt keine wirksame Alternative zur Fangjagd gibt.

Eine gezielte Prädatorenbejagung leistet einen Beitrag zur Sicherung der Belange des Arten- und Naturschutzes sowie zur Wiederherstellung eines natürlichen Gleichgewichts. Einer natur- und tierschutzgerechten Fangjagd kommt im Rahmen der befugten Jagdausübung dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Fangjagd muss daher nicht nur erhalten bleiben, sondern sogar noch weiter entwickelt werden. Der Erhalt der Fangjagd wird auch von namhaften Leitern von biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich gefordert.

Die bestehenden Jagd- und Schonzeiten haben sich grundsätzlich bewährt. Wir sehen grundsätzlich keine Veranlassung, die bisherigen Jagdzeiten in Nordrhein-Westfalen zu ändern. Wir sind aber bereit, Änderungen zu diskutieren, die aus Gründen des Mutterschutzes und des Tierschutzes sinnvoll und damit sach- und fachgerecht sind.

Aus Tierschutzgründen akzeptieren wir auch, dass im Januar keine Bewegungsjagden mehr auf Schalenwild erfolgen sollen. Wichtig ist jedoch, dass in begründeten Einzelfällen unbürokratisch und kurzfristig Ausnahmen sowohl für eine Verlängerung der Jagdzeit bis zum 31. Januar als auch für Bewegungsjagden möglich sein müssen. Bei Interessenkonflikten auf lokaler Ebene sind Handlungsfreiheiten vor Ort notwendig. Wir sind ebenso wie unsere Partnerverbände der Auffassung, dass es einen flächendeckenden Wald-Wild-Konflikt in Nordrhein-Westfalen nicht gibt. Zu diesem Ergebnis ist übereinstimmend auch schon der beim Ministerium eingesetzt gewesene Arbeitskreis Jagd- und Naturschutz gekommen.

Meine Damen und Herren, niemand sollte ohne Not den gesellschaftlichen Konsens auf dem Gebiet des Jagdrechts mutwillig aufs Spiel setzen. Deshalb meine herzliche Bitte und dringende Empfehlung an alle, die mitzureden und mitzuentcheiden haben: Keine Jagdpolitik gegen Jagd und Jäger! Oder um die Verantwortung der Ministerpräsidentin ernst zu nehmen: Aus Betroffenen Beteiligte machen!

Ihnen, Herr Minister Remmel, versichere ich ausdrücklich: Wir begegnen Ihnen mit keinerlei Vorbehalten, es sei denn mit sachlichen und fachlichen.

Die Unruhe der Jägerschaft in Nordrhein-Westfalen ist zu Recht groß. Ende September soll es bereits eine Demonstration in Düsseldorf geben, Stichwort „1000 Hörner“. Dabei handelt es sich um eine private Initiative, die in moderner Medienform über die sozialen Netzwerke organisiert worden ist und auch ins Guinness-Buch der Rekorde kommen möchte. Dies ist ja grundsätzlich auch in Ordnung.

Der Landesjagdverband allerdings strebt keine Weltrekordeintragung an, sondern eine sach- und fachgerechte Jagdpolitik. Dafür brauchen wir erst einmal das Gespräch mit den politischen Verantwortlichen. Notfalls kommen die Jäger aber nicht nur heute und nicht nur mit Jagdhörnern (erneut) nach Düsseldorf.

Aktuell gilt jedoch: Keine neuen Gräben aufreißen! – Hierzu rufe ich alle (auch außerhalb des Verbandes stehenden) Jäger ausdrücklich auf! Einheit und Geschlossenheit muss aktuell mehr denn je die Devise sein!

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, wir werden mit unserem Engagement und unserer Einsatzfreude weiter gebraucht – mehr denn je. Wenn wir uns diese Einsatzfreude erhalten, dann bin ich zuversichtlich, dass wir die Jagd für uns und für kommende Generationen mit all unserer Passion erhalten werden.

Dialogfähig aber müssen wir sein und bleiben. Dafür brauchen wir Transparenz nach innen und außen. Ich persönlich strebe zukünftig noch mehr Transparenz an, damit die Mitglieder vor Ort sehen und wissen, was wir tatsächlich tun. Unsere Mitglieder haben einen Anspruch darauf. Hierzu gehört auch noch mehr Transparenz gegenüber und faire Zusammenarbeit mit der Jagdpresse. In der Öffentlichkeit wird niemand Erfolg haben, der diese Grundsätze missachtet.

Darüber hinaus halte ich es für äußerst wichtig, dass wir der nichtjagenden Bevölkerung den Sinn und Zweck unserer Jagd näherbringen. Gerade bei der nichtjagenden Bevölkerung findet nämlich ein Meinungsbild über uns Jäger und unsere Passion statt. Wir müssen viel intensiver den Nichtjägern erklären, was wir tun, warum wir es tun und dass wir es sachlich-fachlich, gut ausgebildet und fortgebildet sowie unter Einbeziehung des Arten-, Natur- und Tierschutzes tun. Insoweit freue ich mich, dass auf Anstoß des Landesjagdverbandes Nordrhein-Westfalen über die Jägerstiftung die Kommunikationsinitiative „Natürlich Jagd“ gegründet worden ist. Hier wird wirksame und nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um die durch verschiedene Untersuchungen belegte Akzeptanz der Jagd in der Gesellschaft und damit auch in der Politik zu verstärken. Die Initiative „Natürlich Jagd“ bildet eine abgestimmte Kommunikationsplattform für alle Themen rund um Natur, Umwelt und Jagd.

Jagdliche Öffentlichkeitsarbeit muss Standortbestimmung sein. Sie verzichtet auf anbiedernde Selbstverleugnung. Sie bekennt sich selbstbewusst zu Emotion und Tradition.

Sie leugnet in solchem Selbstbewusstsein auch die Konsequenz für das Wild nicht. Sie versteht sich vielmehr als Bestandteil natürlicher Abläufe.

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns nicht zu verstecken: Jagd ist eine legitime, ursprüngliche und schonende Nutzung! Das müssen wir deutlich machen – bei jeder Gelegenheit. Wildbret ist ein gesundes und natürliches Lebensmittel, das die Deutschen zu schätzen wissen. Jeder zweite Deutsche hat 2010 Reh, Hirsch oder Wildschwein gegessen. Hier haben wir positive Botschaften, die überall gut ankommen. Man muss ja auch nicht verschweigen, dass unser Wildbret aus der heimischen Region stammt, in freier Natur aufgewachsen ist und durch Jäger und Fachbetriebe sach- und fachgerecht in Umlauf gebracht wird. Mehr Bio als Wildbret geht gar nicht!

Von entscheidender Bedeutung ist unsere Basisarbeit in den Kreisjägerschaften und Hegeringen. Das gilt auch für unsere Naturschutzarbeit und die Naturpädagogik wie in den Rollenden Waldschulen. Hier in den Revieren, Hegeringen und Kreisjägerschaften vor Ort finden wir Verständnis, Zustimmung und Partnerschaft bis in die Medien hinein.

Arbeiten wir gemeinsam daran, dass dies so bleibt und wuchern wir noch stärker mit den Pfunden, welche Jagd und Jäger, Wild und Natur bieten. Es lohnt sich. Die Verbandsarbeit für die Jagd ist und bleibt hochpolitisch. Deshalb halte ich von Affekthandlungen gegen Politik und Politiker nichts. Wenn ich auf Krawall gebürstet erst einmal jedem Politiker vor den Kopf schlage, kann ich für Jagd und Jäger bestimmt nichts gewinnen. Dies gilt aber umgekehrt auch.

Ich möchte weiterhin den Kontakt zu den Jagdpolitikern im Landtag und in der Landesregierung, und zwar mit verstärkter Lobbyarbeit zu allen Fraktionen. In die Bevölkerung hinein möchte ich vor allem vermitteln, dass die Jäger mit Freude bei der Sache sind und die Jagd mehr als Schießen und Beute machen ist. Dabei muss aber auch klar und deutlich gesagt werden, dass die sach- und fachgerechte Ausübung der Jagd durchaus Freude macht und auch Freude machen darf! Nur das, was mit Freude und Passion betrieben wird, wird von Erfolg gekrönt sein!

Wir haben bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung ein ordentliches Ansehen, auch weil wir schon immer die Kreatur achten, Tier- und Naturschutz praktizieren. Beste Imagerträger sind für mich Wildbret und Waldpädagogik. Bei köstlichem Rehbraten habe ich schon manchen vermeintlichen Jagdgegner weich werden sehen. Und die Waldschulen der Jäger vermitteln, was frühere Generationen noch selbst auf dem Hof oder im Garten an Naturzusammenhängen gelernt haben. Hier müssen wir auch mit unseren Marketingkonzepten ansetzen.

Innerverbandlich setze ich – wie bereits erwähnt – auf Teamarbeit, mehr Offenheit und reibungsfreien Informationsfluss. Wir müssen die nahezu 65.000 Mitglieder des Landesjagdverbandes überzeugen und mitnehmen, nur so schaffen wir das auch im Rest des Landes.

Wir Jäger müssen gesellschaftsverträglich bleiben. Wer jagt, der hat Verantwortung. Auch Sie, Herr Minister Rummel, haben schon zu Recht zitiert: „Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.“ Wer wüsste das besser als wir. Jeder Jäger und jede Jägerin ist

Botschafter und Botschafterin der Jagd. Aber wir wissen auch, dass niemand ungeeigneter ist als wir, die Flinte ins Korn zu werfen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich schon 1993 zu jenem internationalen Konsens bekannt, der in der UN-Konvention über die biologische Vielfalt die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt verpflichtet. Dazu gehört ausdrücklich auch deren nachhaltige Nutzung. Hier leisten wir Jäger einen wirksamen und für die ganze Gesellschaft wichtigen Beitrag.

Jäger schützen und pflegen Lebensräume und kontrollieren Beutegreifer wie den Fuchs. Die Jagd trägt zum Interessenausgleich in der Kulturlandschaft bei und hält Schäden für die Land- und Forstwirtschaft auf einem geringen Maß. Und wir liefern Nahrungsmittel, die besser sind als Bio.

Dass wir nebenbei noch eine schwierige Prüfung bestanden haben, viel eigenes Geld in die Arbeit für Wild und Natur stecken und auch noch Freude dabei haben, das müssen und werden wir nicht nur nicht verschweigen, sondern weiterhin noch deutlicher nach außen tragen.

Wenn es uns nicht seit Menschengedenken gäbe, man müsste uns Jäger erfinden. Gut, dass wir schon da sind – bereit zu Dialog und Partnerschaft und auch Kompromiss, den wir aber nicht so verstehen, wie manche, die einen Obstgarten für einen Apfel haben wollen. Vor allem sind wir zu vollem Einsatz entschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Jäger und Jägerinnen, ich rufe Sie alle zum Engagement mit Entschlossenheit und Geschlossenheit in unserem Verband auf. Beteiligen Sie sich aktiv am Erhalt unseres Jagdwesens, nur gemeinsam, aber auch nur koordiniert, sind wir stark und können die vor uns liegenden großen Aufgaben zu einer vertretbaren Lösung bringen.

Allein schon die Problempunkte „Neues Landesjagdgesetz“, „Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte“ und eine zukunftssichere, auf Dauer rechtskonforme Modifizierung der „Jagdabgabe“, über wir uns bereits ebenfalls mit der Landesregierung in vertrauensvollem Gespräch befinden, sind Herausforderungen, vor denen wir so noch nie standen. Stellen wir uns diesen Herausforderungen. Ich jedenfalls werde mit großem Engagement und Einsatzfreude hieran arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!